

Kleine Anfrage 1279

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Rückwirkende Erhebung von Abwassergebühren in Halbe OT Teurow

Am 30.04.2021 informierte der RBB über einen besonderen Vorgang der Abwasserbewirtschaftung des Abwasserzweckverbandes Teupitzsee, betreffend den Ortsteil Teurow der Gemeinde Halbe. So sei im 2013 die zentrale Abwasserentsorgung wegen elektrischer Funktionsunfähigkeit (Blitzschlag) ausgefallen, sodass die Entsorgung seitdem über unterirdische Auffangbehälter der Bürger und von dort über dezentrale Entsorgung erfolgt.

Im Jahre 2021 erfolgte erstmalig die Abrechnung der Gebühren gegenüber den Bürgern in der Weise, dass eine Erhöhung des Gebührensatzes auf nahezu unvorstellbare 20 Euro je m³ erfolgte. Hierzu wurde die Satzung rückwirkend geändert und der Kubikmeter-Preis verdoppelt. Sodann wurden mehrere Jahre rückwirkend die Verbrauchsgebühren berechnet. Laut Erklärung des Amtsdirektors würde dies sogar eine Besserstellung der Betroffenen darstellen, weil diese ja erst später für vor Jahren in Anspruch genommene Leistung zahlen müssten. Diese Auffassung wird ernsthaft vertreten. Der Versuch, eine Klärung herbeizuführen, gelang bisher nicht. Der Amtsdirektor nahm an einer Anwohnerversammlung nicht teil. Die Anwohner sehen sich mit kaum bezahlbaren vierstelligen, teils sogar fünfstelligen Beträgen konfrontiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung der Sachverhalt „Teurow, dezentrale Entsorgung“ bekannt?
2. Wie weit rückwirkende Satzungen wurden im konkreten Fall erlassen? Erfolgte hierzu eine kommunalaufsichtsrechtliche Prüfung?
3. Wie ist es möglich, dass keine regelmäßigen Kalkulationen aufgestellt und veröffentlicht wurden? Sind die vermeintlich ausstehenden Gebühren in den Jahreskalkulationen des Zweckverbandes berücksichtigt gewesen? Inwiefern ist hier die Kommunalaufsicht ihrer Kontrollpflicht nachgekommen?
4. Wie wird sichergestellt, dass keine verjährten Forderungen erhoben werden?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Amtsdirektors, dass die Anwohner durch die verspätete Zahlung bessergestellt seien?

6. Sieht die Landesregierung Grundsätze des Vertrauensschutzes verletzt? Hätten die Anwohner nicht über diese abwegig hohe Gebühr rechtzeitig informiert werden müssen?
7. Welche Hinweise hat die Landesregierung im Hinblick auf die verspätete Berechnung von Gebühren und/oder Beiträgen konkret dem Aufgabenträger erteilt oder wird sie erteilen? Wie stellt sie sicher, dass es nicht zu mit der Altanschießer-Problematik vergleichbaren Akzeptanzverlusten kommt?
8. Welche aufsichtsrechtlichen Hinweise erteilt die Landesregierung im Hinblick auf eine angemessene Gebührengestaltung und die Untragbarkeit der hier veranschlagten Kosten? Ist hierbei eine Weisung auf Einbeziehung in eine Globalkalkulation vorstellbar?